



Pressemitteilung

Bürgerallianz Thüringen e.V. erwartet gerechtes Urteil zum Volksbegehren „Für gerechte und bezahlbare Kommunalabgaben“

„Die Klage der Landesregierung gegen das Volksbegehren „Für gerechte und bezahlbare Kommunalabgaben“ vor dem Thüringer Verfassungsgericht ist eine Missachtung von Bürgerinteressen. Sie untergräbt die Möglichkeit der Volksgesetzgebung.“ so Peter Hammen Vertrauensperson des Volksbegehrens.

Die Zulassung des Volksbegehrens zur Neuregelung der Kommunalabgaben für die leitungsgebundenen Einrichtungen von Abwasser und Straßenausbau wird heute vor dem Thüringer Verfassungsgericht verhandelt.

Das Volksbegehren ist ein Kompromissvorschlag, um das Beitragsrecht für kommunale Abwassereinrichtungen und Straßenausbau gerechter und sozialer zu gestalten. Die aktuelle Finanzierung dieser Einrichtungen, mit Zwangsbeiträgen ist willkürlich und unzeitgemäß. Der vorgelegte Gesetzentwurf ist keine reine Abschaffung der Beiträge. Der kostenneutrale Vorschlag des Volksbegehrens würde die Kommunen nicht zusätzlich belasten oder überfordern. Über die Gebührenfinanzierung der Abwasserentsorgung und mit der möglichen Infrastrukturabgabe beim Straßenausbau wird eine solidarische Finanzierung der Anlagen ermöglicht.

Mit Befremden stellen die Initiatoren des Volksbegehrens fest, dass die Landesregierung auf Kosten der Steuerzahler externe Gutachten gegen das Volksbegehren in Auftrag gibt. Gleichzeitig den Vertrauenspersonen für das Volksbegehren eine Prozesskostenhilfe zur Finanzierung externer Rechtberatung verwehrt wird.

Die Bürgerallianz Thüringen e.V. und die Vertrauenspersonen erwarten einen fairen und sachlichen Prozess und ein gerechtes zeitgemäßes Urteil im Interesse aller Bürger.

Sollte das Volksbegehren nicht zugelassen werden, wird die Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e.V. mit ihren Bürgerinitiativen, zum Landtagswahlkampf 2014 die Änderung der Kommunalabgabengesetze zum Thema machen.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Hammen (Stellv. Landesvorsitzender der Bürgerallianz)
Vertrauensperson des Volksbegehrens